

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

2019/22 STIMMEN AUS DER TÜRKEI
OKTOBER 2019

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 46 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 34420 Istanbul Türkei Tel: +90 212 249 19 29 Email: tusiad@tusiad.org
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel: +90 312 468 10 11 Email: ankoffice@tusiad.org
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel: +32 2 736 40 47 Email: bxoffice@tusiad.org
U S A : 2101 L Street N.W. Suite 800 Washington D.C. 20037 USA Tel: +1 202 776 7770 Email: usoffice@tusiad.org
DEUTSCHLAND: 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel: +49 30 288 786 300 Email: berlinoffice@tusiad.org
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel: +33 1 44 43 52 54 Email: parisoffice@tusiad.org
GROSSBRITANNIEN : 120 Pall Mall SW1Y 5EA London England Tel: +44 207 101 07 74 Email: londonoffice@tusiad.org
CHINA : Email: china.tusiad@tusiad.org

www.tusiad.org

IN DIESER AUSGABE

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN	2
Türkei bestreitet Berichte über Abschiebung von Flüchtlingen Internet-Link	2
Erdogan gegen Bundesaußenminister "Maas ist ein Dilettant" Internet-Link	2
Türkei - Kurden in Syrien habe sich noch nicht völlig zurückgezogen Internet-Link	2
Trump: Türkei will dauerhafte Waffenruhe in Nordsyrien Internet-Link	3
USA verhängen Sanktionen gegen die Türkei Internet-Link	3
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN	4
Bund sichert 2019 bisher Türkei-Exporte im Wert von 790 Millionen Euro mit Hermes- Bürgschaften ab Internet-Link	4
Türkische Notenbank senkt Leitzins erneut Internet-Link	4
Bundesregierung sagt hochrangiges Wirtschaftstreffen mit Türkei ab Internet-Link	4
Trump hebt Sanktionen gegen die Türkei auf Internet-Link	5
Deutsche Geldhäuser im August mit mehr als 18 Milliarden Euro in Türkei engagiert Internet- Link	5
EU-Förderbank stellt Neugeschäft mit Türkei offenbar fast komplett ein Internet-Link	5
Türkei und Russland stellen von Dollar auf Rubel und Lire um Internet-Link	6
Waffenexporte in die Türkei auf höchstem Stand seit 14 Jahren Internet-Link	6
Türkei: Gold- & Silberimporte im September 2019 Internet-Link	6
Istanbuler Börse mit größtem Kurssprung seit Juli Internet-Link	6
Inflation in der Türkei wieder einstellig Internet-Link	7
FIRMENNACHRICHTEN	7
Axalta erwirbt neuen Produktionsstandort für Pulverlacke in der Türkei Internet-Link	7
VW sucht nicht nach Alternativen für das Türkei-Werk Internet-Link	8
BASF: Investitionsstopp in der Türkei beschlossen Internet-Link	8
VW vertagt Entscheidung über Werk in der Türkei Internet-Link	8
Rheinmetall leidet unter Rüstungsstopp in die Türkei Internet-Link	9
ARTIKEL DES MONATS	9
Berater Erdogans Im Gespräch: „Der Eindruck wächst, dass Europa auf Seiten der Terroristen steht“	9
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN	11

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Türkei bestreitet Berichte über Abschiebung von Flüchtlingen [Internet-Link](#)

Amnesty International und Human Rights Watch werfen der Türkei Abschiebungen nach Syrien vor. Die Behörden weisen den Vorwurf als „erdichtet“ zurück.

Die türkische Regierung hat den von Amnesty International erhobenen Vorwurf zurückgewiesen, syrische Flüchtlinge in Kriegsgebiete zurückzuschicken. Das Außenministerium erklärte in einer über Nacht veröffentlichten Stellungnahme, „Behauptungen in dem Bericht, dass Syrer zwangsweise zurückgeschickt, bedroht und Misshandlung ausgesetzt werden, sind unreal und erdichtet.“

Türkische Behörden arbeiteten gemeinsam mit den UN und Nichtregierungsorganisationen an der „sicheren und freiwilligen Rückkehr“ von Flüchtlingen nach Syrien.

Auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hatte einen Bericht zu dem Thema veröffentlicht. Die Organisationen warfen der Türkei vor, Dutzende bis Hunderte syrische Flüchtlinge in ihr kriegszerrissenes Heimatland abgeschoben zu haben.

Die Türkei hat seit Beginn des Krieges im Nachbarland Syrien im Jahr 2011 rund 3,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen - mehr als jedes andere Land der Welt. Wie viele derzeit im Land sind, ist umstritten. Die Stimmung hat sich jüngst gegen die Flüchtlinge gewendet. Präsident Recep Tayyip Erdogan will nun Millionen Syrer aus seinem Land in eine Pufferzone im nordsyrischen Grenzgebiet umsiedeln.

Erdogan gegen Bundesaußenminister "Maas ist ein Dilettant" [Internet-Link](#)

"Wenn du etwas von Politik verstehen würdest, würdest du nicht so sprechen" - schimpft Präsident Erdogan in Richtung des deutschen Außenministers. Anlass der Verbalattacke: der Stopp der Rüstungsexporte an die Türkei.

Im Streit über die türkische Militäroffensive im Norden Syriens hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Bundesaußenminister Heiko Maas persönlich angegriffen. "Da kommt der deutsche Außenminister - ein Mann, der seine Grenzen nicht kennt - und sagt: Wir werden der Türkei keine Waffen verkaufen. Wir sind am Ende", spottete Erdogan.

Nicht er, sondern Maas - Deutschland - werde verlieren, so Erdogan. Maas habe außerdem keine Ahnung von Politik; er sei ein Dilettant. "Wenn Du etwas von Politik verstehen würdest, würdest du nicht so sprechen", sagte der türkische Präsident an den SPD-Politiker gerichtet.

Türkei - Kurden in Syrien habe sich noch nicht völlig zurückgezogen [Internet-Link](#)

Die syrische Kurden-Miliz YPG hält sich nach Angaben aus Ankara auch wenige Stunden vor Ablauf eines Rückzug-Ultimeatums immer noch in dem Grenzgebiet auf, das sie nach Vorstellung der Türkei räumen soll.

„Der Kampf ist nicht vorbei. Uns ist klar, dass er nicht enden wird“, sagte der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar der Zeitung „Sabah“. Die Türkei und Russland haben der YPG bis 16.00 Uhr (MEZ) Zeit gegeben, sich aus einem 30 Kilometer breiten Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze zurückzuziehen. Die Regierung in Ankara betrachtet die YPG als Terrororganisation mit Verbindungen zu Kurden-Rebellen im Südosten der Türkei.

Akar sagte, es würden sich noch etwa 1000 YPG-Angehörige in der Grenzstadt Manbidsch und weitere 1000 Kämpfer im nahe gelegenen Tel Rifat aufhalten. Die Orte liegen zwar westlich des

Streifens, in dem die Türkei eine sogenannte Sicherheitszone für syrische Flüchtlinge einrichten will. Syrische und russische Einheiten sollen aber sicherstellen, dass die YPG auch aus diesen beiden Orten abzieht.

Nach Ablauf der Rückzugsfrist sollen russische und türkische Einheiten auf der syrischen Seite der Grenze gemeinsam auf Patrouille gehen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat erklärt, notfalls auch auf eigene Faust die YPG aus Nordost-Syrien zu vertreiben.

Binnen der gesetzten Frist zum Abzug herrscht offiziell eine Feuerpause, auf die sich Russland und die Türkei verständigt hatten. Die Türkei hatte im Nordosten Syriens eine Offensive gegen die YPG gestartet, nachdem US-Präsident Donald Trump überraschend einen Truppenabzug der Amerikaner aus Syrien angeordnet hatte.

Trump wird deswegen auch in den eigenen Reihen teils scharf kritisiert. Die YPG war lange einer der wichtigsten Verbündeten der USA im Kampf gegen die Extremisten-Miliz Islamischer Staat. Nun aber fühlen sich viele Kurden-Kämpfer im Stich gelassen.

Trump: Türkei will dauerhafte Waffenruhe in Nordsyrien [Internet-Link](#)

Die Türkei hat dem US-Präsidenten zugesagt, dass die Waffen dauerhaft schweigen sollen. Trump will daher die Sanktionen gegen die Türkei aufheben.

Die Türkei hat nach Angaben von US-Präsident Donald Trump eine dauerhafte Waffenruhe in Nordsyrien verkündet. Trump sagte im Weißen Haus, die türkische Regierung habe seine Regierung darüber informiert, dass sie den derzeit zeitlich begrenzten Waffenstillstand „dauerhaft“ machen werde. Die türkischen Streitkräfte würden ihre Kämpfe und die Offensive in Nordsyrien stoppen.

Trump kündigte zudem an, dass die wegen der Offensive gegen die Türkei verhängten US-Sanktionen wieder aufgehoben würden. Falls die Türkei ihren Verpflichtungen allerdings nicht nachkommen werde, könnten die Sanktionen wiedereingeführt und verschärft werden.

Trump hatte der türkischen Offensive durch den Abzug von US-Truppen aus Nordsyrien den Weg bereitet. Die Operation der Türkei richtete sich gegen die Kurdenmiliz YPG, die ein Verbündeter der US-Streitkräfte im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) war. Trump war vorgeworfen worden, die YPG im Stich gelassen zu haben. Er bestritt das vehement.

USA verhängen Sanktionen gegen die Türkei [Internet-Link](#)

Der Druck auf die Türkei wegen der Syrien-Offensive wächst. Während die EU nur von eingeschränkten Rüstungsexporten spricht, will US-Präsident Trump die Türkei mit Sanktionen zum Waffenstillstand bewegen.

Die USA haben wegen der Militäroffensive in Nordsyrien Sanktionen gegen die Türkei verhängt und eine sofortige Waffenruhe gefordert. US-Präsident Donald Trump will seinen Vize, Mike Pence, schnellstmöglich zur Vermittlung zwischen den Kurden und den Türken nach Ankara schicken. Die Sanktionen würden ausgeweitet und verschärft, solange die Türkei nicht in den Waffenstillstand trete, die Gewalt einstelle und sich damit einverstanden erkläre, eine langfristige Lösung der Probleme entlang der Grenze zwischen der Türkei und Syrien auszuhandeln, erklärte Pence.

Trump telefonierte nach Angaben von Pence sowohl mit dem kurdischen General Maslum Abdi als auch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Trump habe sein Angebot wiederholt, in dem Konflikt zwischen den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) und dem türkischen Militär zu vermitteln.

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Bund sichert 2019 bisher Türkei-Exporte im Wert von 790 Millionen Euro mit Hermes-Bürgschaften ab [Internet-Link](#)

Der Bund hat in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres bereits deutsche Exporte in die Türkei im Umfang von knapp 790 Millionen Euro mit staatlichen Hermes-Bürgschaften abgesichert. "Vom 1. Januar 2019 bis zum 31. August 2019 hat der Bund Lieferungen und Leistungen in die Türkei in Höhe von 788,9 Millionen Euro mit Exportkreditgarantien abgesichert", teilte das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage der Düsseldorfer "Rheinischen Post" mit. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will die Hermes-Bürgschaften für deutsche Türkei-Geschäfte demnach trotz der türkischen Militäroffensive in Nordsyrien vorerst unverändert weiter gewähren. "Die Garantieinstrumente des Bundes schützen deutsche Unternehmen, die im Ausland investieren oder ins Ausland exportieren, vor wirtschaftlichen und politischen Risiken", erklärte das Altmaier-Ministerium. Der Bund prüfe bereits seit 2017 die Anträge auf Übernahme von Garantien vertieft, unter anderem mit Blick auf die Einhaltung von Menschenrechten. "Das gilt auch weiterhin fort", so das Wirtschaftsministerium. "In den letzten Jahren wurden etwa Hermes-Bürgschaften für Türkei-Geschäfte im Bereich der Erneuerbaren Energien gewährt, insbesondere für Windparks", hieß es im Wirtschaftsministerium... Die Hermes-Kreditgarantien schützen deutsche Exporteure vor Verlusten. Zahlt der ausländische Käufer nicht, springt der deutsche Staat ein.

Türkische Notenbank senkt Leitzins erneut [Internet-Link](#)

Die türkische Notenbank hat ihren Leitzins zum dritten Mal in diesem Jahr reduziert. Wie die Währungshüter in Ankara mitteilten, sinkt der Zins für einwöchiges Zentralbankgeld um 2,5 Prozentpunkte auf 14,0 Prozent. Es ist die dritte Reduzierung, seit der neue Notenbankchef im Sommer sein Amt angetreten hat. Sein Vorgänger wurde von der Regierung aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die geldpolitische Ausrichtung ersetzt.

Die Zinssenkung war etwas stärker, als die meisten Analysten erwartet hatten. Im Mittel waren sie von einer Reduzierung um einen Prozentpunkt auf 15,5 Prozent ausgegangen. Allerdings gingen die Erwartungen teils deutlich auseinander. Seit dem Amtsantritt des neuen Zentralbankchefs Murat Uysal ist der Leitzins kräftig um insgesamt zehn Prozentpunkte verringert worden.

Analysten sehen einige Gründe für die starken Zinssenkungen. Zum einen hat sich die Inflation in den vergangenen Monaten deutlich abgeschwächt und ist erstmals seit längerem wieder einstellig. Das verschafft der Notenbank Spielraum für Lockerungen. Hinzu kommt die schwache Entwicklung der Wirtschaft, die von niedrigeren Zinsen profitieren dürfte.

Als politisch positiv ist die Aufhebung von Sanktionen zu werten, wie US-Präsident Donald Trump angekündigt hatte.

Bundesregierung sagt hochrangiges Wirtschaftstreffen mit Türkei ab [Internet-Link](#)

Das Treffen der deutsch-türkischen Wirtschaftskommission unter Leitung von Minister Altmaier ist gecancelt worden – aus Protest gegen die Syrien-Offensive.

Es sollte eine Hilfe für die schwächelnden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen werden. Am 6. November sollte in Berlin die gemischte deutsch-türkische Wirtschaftskommission unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und der türkischen Handelsministerin Ruhsar Pekcan mit vielen hochrangigen Unternehmensvertretern zusammenkommen.

Jetzt hat die Bundesregierung aus Protest gegen den türkischen Einmarsch in Nordsyrien den Termin abgesagt. Das erfuhr das Handelsblatt aus Industriekreisen. Das Bundeswirtschaftsministerium bestätigte eine Verschiebung und fügte hinzu: „Terminverschiebungen können wir wie üblich nicht kommentieren.“

Trump hebt Sanktionen gegen die Türkei auf [Internet-Link](#)

US-Präsident Donald Trump hat von der Türkei nach eigenen Angaben eine Zusicherung erhalten, dass die Feuerpause im Norden Syriens nun dauerhaft eingehalten werden soll. Er habe daraufhin eine Aufhebung der Sanktionen angeordnet, die die USA gegen die Türkei wegen deren Offensive gegen die Kurden in der Region verhängt hatten, sagte Trump in Washington.

Voraussetzung sei, dass nicht "etwas passiert, womit wir nicht glücklich sind". Trump kündigte zugleich einen Kurswechsel in der Nahostpolitik der USA an. Zu viele Amerikaner seien in der Region gestorben. Jemand anderes solle nun um diesen "blutbefleckten Sand" kämpfen. "Ich bin entschlossen, einen anderen Kurs zu verfolgen, einen, der zum Sieg für Amerika führt."

Die Türkei hatte eine Militäroffensive im Norden Syriens gestartet. Sie richtet sich gegen Kurden-Milizen, die über Jahre hinweg zu den engsten Verbündeten der USA im Kampf gegen die radikalislamische IS-Miliz in der Region zählten. Trump selbst hatte den Weg frei gemacht für den türkischen Militäreinsatz, indem er kurz zuvor überraschend den Abzug des US-Militärs anordnete. Wenig später verhängten die USA jedoch wegen des Vorgehens der Türken Sanktionen.

Deutsche Geldhäuser im August mit mehr als 18 Milliarden Euro in Türkei engagiert [Internet-Link](#)

Deutsche Banken haben hohe Forderungen in der Türkei. Die Bundesregierung könnte aber bald eine Einschränkung der Exportkredit-Bürgschaften prüfen.

Die deutschen Kreditinstitute sind in der Türkei laut Bundesbank mit hohen Summen engagiert. Wegen des Militäreinsatzes gegen eine Kurden-Miliz in Nordsyrien steht das Land massiv in der Kritik. Die Bundesregierung will bei einem weiteren türkischen Vormarsch auch eine Einschränkung der Exportkredit-Bürgschaften prüfen.

Wie aus statistischen Daten der Bundesbank zum Türkei-Engagement der Geldhäuser hervorgeht, lagen die Gesamtforderungen der Institute im August bei 18,45 Milliarden Euro. Das ist ein Rückgang von 8,1 Prozent binnen Jahresfrist. Schon seit einigen Monaten sind die Forderungen gesunken. Im Vergleich dazu waren es gegenüber dem Euro-Land Griechenland im August demnach 21,42 Milliarden Euro. Insgesamt haben deutsche Geldhäuser im Ausland Forderungen von rund 2,05 Billionen Euro.

EU-Förderbank stellt Neugeschäft mit Türkei offenbar fast komplett ein [Internet-Link](#)

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat einem Zeitungsbericht zufolge ihr Neugeschäft mit der Türkei fast gänzlich eingestellt. „Solange sich die türkische Politik nicht grundlegend ändert, gehen wir Richtung null“, zitierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einen Insider der EU-Förderbank in einem Vorabbericht.

Die Bankgremien hätten in diesem Jahr kein einziges Vorhaben positiv entschieden. Im Mai sei nur ein bereits genehmigtes Darlehen über 67 Millionen Euro für ein Abwasserprojekt unterzeichnet worden.

Traditionell vergebe die EIB Kredite über rund 1,5 Milliarden Euro an die Türkei, in diesem Jahr würden weniger als 100 Millionen erwartet. Die Regierung in Ankara steht insbesondere wegen ihres Vormarsches in Syrien in der Kritik.

Türkei und Russland stellen von Dollar auf Rubel und Lire um [Internet-Link](#)

Russland und die Türkei wollen den Handel untereinander schrittweise auf ihre nationalen Währungen umstellen. Die stark unter Druck stehende türkische Lira hat zuletzt etwas zugelegt.

Russland und die Türkei wollen künftig für bilaterale Zahlungen ihre nationalen Währungen verwenden. Dafür habe der russische Finanzminister Anton Siluanov mit der Türkei ein Abkommen unterzeichnet, teilte das russische Finanzministerium mit. Es soll den schrittweisen Übergang auf Zahlungen in Rubel und Türkische Lira einleiten.

Türkische Banken und Firmen sollen auf die russische Version des SWIFT-Zahlungssystems umsteigen und in der Türkei die Verwendung der russischen Kreditkarten MIR verbreiten, die von Moskau als Alternative zu MasterCard und Visa eingeführt wurden.

Waffenexporte in die Türkei auf höchstem Stand seit 14 Jahren [Internet-Link](#)

Die Bundesregierung hat die Waffenlieferungen an die Türkei wegen der Syrien-Offensive teilweise gestoppt. Doch das Volumen ist jetzt schon das höchste seit 2005.

Die Türkei hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres Kriegswaffen für 250,4 Millionen Euro aus Deutschland erhalten. Das ist bereits jetzt der höchste Jahreswert seit 2005, obwohl noch vier Monate fehlen... Bereits im vergangenen Jahr machten die Lieferungen an die Türkei mit 242,8 Millionen Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte (770,8 Millionen Euro) aus. Damit war die Türkei klar die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter. Das könnte trotz eines teilweisen Rüstungsexportstopps wegen der Syrien-Offensive auch in diesem Jahr wieder der Fall sein.

Türkei: Gold- & Silberimporte im September 2019 [Internet-Link](#)

Die türkische Börse Borsa Istanbul veröffentlichte vor kurzem die aktuellen Daten zu den Gold- und Silbereinfuhren der Türkei per Ende September 2019. Aus diesen Angaben geht hervor, dass sowohl die Gold- als auch Silberimporte im letzten Monat im Vergleich zum Vormonat und Vorjahreszeitraum gestiegen sind.

Demnach verzeichnete die Türkei im neunten Monat des Jahres Goldeinführen im Höhe von 12.149,52 kg. Im August führte die Türkei 11.190,78 kg Gold ein, womit im September 2019 ein Plus von 8,57% gegenüber dem Vormonat verzeichnet wurde. Im Vergleich zu September 2018, als 7.487,16 kg Gold in die Türkei einfuhren, ergibt sich im aktuellen Berichtszeitraum eine Zunahme um 62,27%.

Den Daten der türkischen Börse zufolge betrug das Volumen der Silberimporte im September 2019 23.322,52 kg. Im August 2019 importierte die Türkei nur 3.858,68 kg Silber. Somit stieg das Silberimportvolumen im September um mehr als das 6-Fache (504,42%) gegenüber dem Vormonat. Im Jahresvergleich ergab sich eine ähnlich große Zunahme. Im September 2018 verzeichnete die Türkei Silbereinfuhren in Höhe von 3.934,8 kg. Im Vergleich dazu stiegen die Silbereinfuhren im September 2019 um 492,72%.

Istanbuler Börse mit größtem Kurssprung seit Juli [Internet-Link](#)

Die Feuerpause im Norden Syriens gibt der türkischen Wirtschaft auftrieb. Auch die Landeswährung Lira gewinnt im frühen Handel an Wert.

Die Erleichterung über die von den USA und der Türkei vereinbarten Feuerpause in Nordsyrien beschert dem Istanbuler Aktienmarkt den größten Kursanstieg seit mehr als vier Monaten. Der

Leitindex gewinnt 3,8 Prozent. Weitere US-Sanktionen seien damit vorerst vom Tisch. Bei erneuten Kampfhandlungen könne dieses Thema aber wieder aktuell werden.

Mit Erleichterung reagieren auch Devisenanleger auf die Feuerpause. Sie decken sich wieder mit der türkischen Währung ein und drücken dadurch den Kurs des Dollar um 0,4 Prozent auf 5,8035 Lira. Bereits direkt nach Bekanntwerden des Deals hatte sich die türkische Währung stabilisiert.

Inflation in der Türkei wieder einstellig [Internet-Link](#)

In der Türkei ist die Inflation erstmals seit gut zwei Jahren wieder in den einstelligen Bereich gefallen. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich im September im Vergleich zum Vorjahresmonat um 9,3 Prozent, wie das nationale Statistikamt mitteilte.

Es ist das erste Mal seit Mitte 2017, dass die Inflationsrate nicht mehr zweistellig ist. Ein wichtiger Grund für den deutlichen Rückgang der Inflation liegt in dem starken Preissprung im vergangenen Jahr, der zunehmend aus dem Jahresvergleich herausfällt. 2018 hatte die türkische Landeswährung Lira deutlich an Wert verloren, es war die Rede von einer Lira Krise. Die schwache Lira hatte die Inlandspreise im Zuge höherer Einfuhrpreise stark nach oben getrieben. Der Höhepunkt wurde vergangenes Jahr mit einer Inflation von gut 25 Prozent erreicht.

Gedrückt wird die Inflationsrate darüber hinaus durch die Lira an sich, deren Wert sich in den vergangenen Monaten stabilisiert hat. Ein wesentlicher Grund dafür ist die lockerere Geldpolitik der US-Notenbank Fed, die Druck von Schwellenländerwährungen nimmt. Hinzu kommt die ebenfalls stabilere Konjunkturlage in der Türkei.

FIRMENNACHRICHTEN

Axalta erwirbt neuen Produktionsstandort für Pulverlacke in der Türkei [Internet-Link](#)

Axalta hat vor Kurzem eine Produktionsstätte in Çerkezköy, Türkei, für den Geschäftsbereich Pulverlacke erworben. Die Anlage, die derzeit modernisiert wird, unterstützt das Wachstum des Axalta Geschäftsbereichs Pulverlacke in der Region. An dem neuen Produktionsstandort wird künftig das gesamte Produktportfolio an Premium-Pulverlacken hergestellt. Darunter auch die speziell für Architekturanwendungen entwickelten Kollektionen Matt (AE30 und SD30), Feinstruktur (AE03 und SD03) und Seidenglanz (AE70 und SD70).

Klaus Gast, Axalta Business Director für den Geschäftsbereich Pulverlacke in Europa, dem Nahen Osten und Afrika (EMEA), erklärt: „Dies ist eine hervorragende Gelegenheit für Axalta, den Geschäftsbereich Pulverlacke in der Region weiter auszubauen. Durch den Erwerb eines bereits etablierten Produktionsstandortes können wir den dortigen Markt schneller mit unseren Produkten versorgen und somit rascher auf die wachsende Nachfrage nach hochqualitativen Produkten von unseren Kunden in der Türkei und den umliegenden Regionen reagieren.“

Alle in der Türkei gefertigten Premium-Pulverlacke entsprechen den Anforderungen der Qualicoat Klassen I und II und sind frei von Schwermetallen und TGIC (Triglycidylisocyanurat).

„Um unser fortwährendes Engagement bei der Erfüllung der sich kontinuierlich weiterentwickelnden Kundenanforderungen unter Beweis zu stellen, eröffnen wir Ende 2019 einen neuen Colour Experience Room in Istanbul. Dort können Architekten und Designer unser umfangreiches Produktportfolio an Pulverlacken für metallische Untergründe entdecken und erleben“, so Klaus Gast. „Aufgrund seines stetigen Wachstums und als einer der größten in Europa ist der türkische Pulverlackmarkt von zentraler Bedeutung.“

VW sucht nicht nach Alternativen für das Türkei-Werk [Internet-Link](#)

Nach dem Einmarsch der Türkei in Syrien hatte Volkswagen seine Pläne auf Eis gelegt. Alternativen zu dem Standort sucht der Autobauer aber nicht.

Volkswagen hält sich eine Entscheidung für ein neues Osteuropawerk in der Türkei auch nach dem Einmarsch des Militärs ins benachbarte Syrien vorerst offen. „Wir sind nicht dabei, alternative Standortplanungen zu machen“, sagte VW-Produktionsvorstand Andreas Tostmann bei einer Telefonkonferenz mit Journalisten. Man beobachte die Lage nach der Militäroffensive sorgfältig.

Deswegen sei die Planung für ein Werk „on hold“. Sobald sich eine Entscheidung in Sachen Türkei-Werk „in die eine oder andere Richtung“ abzeichne, wolle man darüber informieren.

VW sehe sich in der komfortablen Situation, dass man noch etwas Zeit habe, um das geplante Projekt zu realisieren, fügte Tostmann hinzu. Volkswagen hatte die Entscheidung für eine neue Autofabrik vor dem Hintergrund der türkischen Militäroffensive auf Eis gelegt. Laut Insidern soll für rund eine Milliarde Euro in Manisa nahe Izmir in Westanatolien ein Werk mit einer geplanten Jahreskapazität von 300.000 Fahrzeugen und rund 4000 Beschäftigten entstehen.

Ende 2020 sollte mit dem Bau begonnen werden, der Produktionsstart wäre für 2022 vorgesehen. Vom Band laufen sollen dort der VW Passat und der baugleiche Skoda Superb mit Verbrennungsmotoren. Die bisherigen Fertigungsstandorte dieser Modelle, Emden und Kvasiny, sollen neue Modelle produzieren. Emden wird auf E-Autos umgestellt, das tschechische Skoda-Werk soll künftig SUV bauen.

BASF: Investitionsstopp in der Türkei beschlossen [Internet-Link](#)

Nachdem kürzlich Volkswagen die Entscheidung darüber, ob man ein neues Werk in der Türkei errichten werde, vertagt habe, rudere nun auch der Chemieriese BASF angesichts der jüngsten Entwicklungen zurück.

Der DAX-Konzern, der bereits seit fast 140 Jahren in der Türkei aktiv sei, habe einen Investitionsstopp beschlossen. So habe ein Unternehmenssprecher gegenüber der WirtschaftsWoche erklärt: "Erst wenn wieder stabile Verhältnisse und langfristige Planungssicherheit herrschen, können wir über weitere Investitionen in Produktionsanlagen in der Türkei nachdenken." BASF habe aber eingeräumt, dass man weiterhin an das Potenzial der türkischen Volkswirtschaft glaube.

Für die Entwicklung des Konzernergebnisses sowie den Aktienkurs dürfte die Entscheidung von BASF vorerst keinen größeren Einfluss haben. Hier bleibe vor allem der weitere Verlauf im Handelsstreit zwischen China und den USA entscheidend.

VW vertagt Entscheidung über Werk in der Türkei [Internet-Link](#)

Volkswagen hat die Entscheidung über eine neue Autofabrik in der Türkei vor dem Hintergrund der türkischen Militäroffensive im angrenzenden Syrien verschoben.

„Die endgültige Entscheidung für das neue Werk wurde vom Vorstand der Volkswagen AG vertagt“, erklärte ein Unternehmenssprecher und bestätigte damit entsprechende Medienberichte. Der Autobauer beobachte die Lage sorgfältig und blicke mit Sorge auf die aktuelle Entwicklung. Der Ministerpräsident des an VW beteiligten Landes Niedersachsen, Stephan Weil, sagte: „So lange die Verhältnisse so sind, wie sie jetzt sind, kann ich mir nicht vorstellen, dass Volkswagen mit erheblichem Engagement in der Türkei investieren wird.“ VW hatte eine finale Entscheidung nach monatelangen Verhandlungen Anfang Oktober geplant.

Rheinmetall leidet unter Rüstungsstopp in die Türkei [Internet-Link](#)

Die Rheinmetall-Aktie gehöre zu den Verlierern im MDax. Hintergrund ist der teilweise Stopp der deutschen Rüstungsexporte an die Türkei nach dem türkischen Einmarsch in Nordsyrien. Außenminister Heiko Mass gab bekannt, dass keine Lieferungen von Waffen mehr genehmigt werden, die in Syrien eingesetzt werden könnten. In der Vergangenheit hatte das angespannte Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Türkei wiederholt das Rüstungsgeschäft von Rheinmetall in der Türkei negativ beeinflusst.

ARTIKEL DES MONATS**Berater Erdogans Im Gespräch: „Der Eindruck wächst, dass Europa auf Seiten der Terroristen steht“**

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

von Johannes Leithäuser

FAZ, 22.10.2019

Ibrahim Kalin ist Sprecher und außenpolitischer Berater des türkischen Präsidenten. Im Interview spricht er über die Sichtweise seiner Regierung auf den gegenwärtigen Syrien-Einsatz der Türkei – und bei welchem Thema, Europa angeblich falsch liegt.

-Herr Kalin, wird die türkische Armee wieder komplett aus Syrien abziehen, wenn die kurdische YPG-Miliz die Sicherheitszone an der Grenze verlassen hat?

Wenn die YPG-Elemente die Region um Tall Abyad und Ras al-Ain vollständig geräumt haben, endet die Operation der türkischen Einsatzkräfte am heutigen Tage. Die Armee wird aber zunächst weiter die Sicherheit der Bevölkerung in dem Gebiet gewährleisten, etwa nach Minen und Sprengfallen suchen.

-Also wird die Armee zunächst auf syrischem Gebiet bleiben?

Die Truppen können nicht sofort abziehen. Sie müssen die Gegend erst sichern. Aber wie vor drei Jahren in Dscharablus, wo türkische Einheiten gegen den IS-Terror kämpften, werden sie anschließend die Verwaltung der Städte an die Einheimischen zurückgeben. So haben wir das auch nach dem Einsatz in Afrin gemacht, und so werden wir es jetzt wieder tun.

-Die Rückgabe der Verantwortung an die Einheimischen heißt im aktuellen Fall - an wen?

An die Menschen, die in den Orten dort wohnen.

-Aber viele von ihnen sind doch inzwischen geflüchtet?

Die YPG sind dort weggegangen. Die Zivilisten sind noch da. Und diejenigen, die aus Furcht oder auch wegen des Drucks der YPG geflohen sind, werden hoffentlich zurückkehren. Wir wünschen ausdrücklich ihre Rückkehr.

-Und wann soll mit der Rückführung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei in diese Gebiete begonnen werden?

Lieber früher als später, wenn die Verhältnisse es zulassen. Das hängt von der Sicherheitslage ab.

-Im Westen gibt es große Befürchtungen, dass die Türkei einen gezielten Bevölkerungsaustausch in der Sicherheitszone im Norden Syriens plant. Wird das passieren?

Nein. Wenn Sie die Operationen denken, die wir gegen den IS oder gegen die PKK unternommen haben – wir haben dabei nie die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Die Araber sind dort anschließend in ihre arabischen Siedlungen zurückgekehrt und die Kurden in die kurdischen. Wir haben auch niemals jemanden gezwungen, gegen seinen Willen irgendwohin zurückzugehen. Wir haben in den vergangenen vier, fünf Jahren mehr für die syrischen Flüchtlinge getan als jedes andere Land auf der Welt. Wir beherbergen fast vier Millionen von ihnen.

-Ihr Präsident Recep Tayyip Erdogan trifft an diesem Dienstag den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Was will die Türkei von Russland?

Nach dem Waffenstillstands-Übereinkommen, das wir mit den Amerikanern erreicht haben, ist das Treffen mit Putin noch wichtiger geworden. Wir arbeiten mit Russland ja schon lange zusammen, um die Kämpfe in Syrien zu beenden. Wir haben gemeinsam die Eroberung Idlibs durch Truppen des syrischen Regimes verhindert, die zu Millionen neuen Flüchtlingen geführt hätte. Wir wollen auch den politischen Friedensprozess weiter voranbringen. Wir werden über die Sicherheit im Osten Syriens sprechen, vom Euphrat bis zur irakischen Grenze. Wenn die Amerikaner auch von dort abziehen, stellt sich die Frage, wer die Sicherheit dort aufrechterhält. Wir haben ja keine direkten Gesprächskontakte zum syrischen Regime, aber wir werden das mit Russland erörtern. Wir wollen sichergehen, dass keine YPG-Elemente in dieser Region bleiben.

-Weil Sie Idlib erwähnten – sind Sie sicher, dass die Russen auch künftig dort einen Angriff Syriens verhindern werden?

Wir haben eine Waffenstillstands-Vereinbarung seit August, die weiter hält und dort jedenfalls für relative Ruhe sorgt. Natürlich gibt es in jedem Krieg keine perfekten Lösungen. Es ist immer so, dass sich die Lage weiterentwickelt. Aber bislang ist es uns ganz gut gelungen, die Dinge in der Region um Idlib ruhig zu halten. Das ist nur durch russische Mitwirkung möglich.

-Vielleicht hat sich jetzt der Preis für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands erhöht und die russische Seite verlangt, dass die Türkei das Assad-Regime endlich als legitim anerkennt?

Moskau kennt unsere Haltung zum syrischen Regime. Wir glauben, Assad ist nicht in der Lage, Syrien zu einen; er hat diese Fähigkeit schon dadurch verloren, dass er so viele Menschen aus seiner eigenen Bevölkerung umgebracht hat.

-Müssen Sie nicht die Sorge haben, dass Ihre Militäraktion die Chancen auf eine politische Friedenslösung in Syrien zunichtemacht?

Im Gegenteil. Wir sind ja in Idlib auch mit unserem Militär präsent. Das hat eine Flüchtlingswelle verhindert und den politischen Prozess befördert. Diese Vorstellung, dass wir in beliebige Teile Syriens einmarschieren und dort humanitäre Krisen verursachen, ist Unfug. Die Europäer sollten uns dankbar sein dafür, dass wir solche stabilisierenden Einsätze wie in Idlib unternehmen. Das ist erstens gefährlich, dort ein Puffer zu sein zwischen den syrischen Truppen und der Zivilbevölkerung, und zweitens braucht es eine Menge diplomatischer Fähigkeiten, Zeit, Geduld und Klugheit, um das mit allen Beteiligten, mit Russen, Iranern, dem Regime, den Oppositionskräften, auszuhandeln.

-Statt dankbar zu sein, wirft Ihnen die EU eine Verletzung des Völkerrechts vor und hat ein Waffenembargo verhängt – fühlen Sie sich missverstanden?

Unsere europäischen Freunde und Alliierten liegen in dieser Sache völlig falsch. Ein Waffenembargo wird die Türkei nicht vom Kampf gegen den Terrorismus abhalten. Sie sollten uns vielmehr dabei unterstützen. In unserer Bevölkerung wächst so der Eindruck, dass Europa auf der Seite der Terroristen steht, und nicht auf der Seite der Türkei. Jeder weiß doch, dass die YPG faktisch die PKK in Syrien ist. Bei dem aktuellen Einsatz der türkischen Streitkräfte sind 600 Mitglieder dieses PKK-Netzwerks getötet worden – wenn es das ist, was der Westen beklagt, dann haben wir uns nichts mehr zu sagen.

-Was halten Sie von dem Vorschlag, UN-Blauhelme im syrischen Grenzgebiet zur Türkei zu stationieren?

Das ist bislang noch nicht ausführlich besprochen worden. Aber darüber könnte man sicherlich mit den Amerikanern und den Russen reden. Wir sind nicht daran interessiert, irgendeinen Teil von Syrien zu besetzen oder dort länger als nötig zu bleiben. Aber die Europäer sollten sich an solch einer Mission auch beteiligen. Sie sollten die historische Gelegenheit nicht verpassen, zu Frieden und Stabilität in der Region beizutragen. Das Flüchtlingsthema ist nicht nur ein Thema der Türkei, es ist aller Thema. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungszahl beträgt 79,8 Mil.:
- ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - Stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2017: 760 Milliarden € BIP Wachstumsrate: 7,3 % ↗
 ▶ Rang 17 der weltweit größten Ökonomien ▶ 2015 G20-Präsidentschaft
 - Wichtige Handelspartner: | EU: 40,4% (die Türkei ist der fünfgrößte Handelspartner der EU) | Russland: 5,6% | USA: 5,2% |
 - Türkische Exporte in die EU (2017) : € 65,5 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU (2017) : € 75,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU (2017) : € 9,9 Mrd.
 - Industrieproduktion: 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
 Industriegüter : 95 % der Exporte (Automobilindustrie, Elektronik, Textilien und Bekleidung, Haushaltgeräte, Stahl, Nahrungsmittel, Glas...)

Die Türkei ist in der Welt :

- 1. größter Hersteller von Bormineral
- 2. größter Schmuckexporteur
- 3. größter Exporteur von Zement
- 6. größter Exporteur von Bekleidung
- 15. größter Hersteller von Kraftfahrzeug

Die Türkei ist in Europa :

- 1. größter Hersteller von Autocar/Bus
- 1. größter Hersteller von TV Apparaten
- 2. größter Produzent von Eisen & Stahl
- 2. größter Hersteller von Baumaterialien
- 3. größter Hersteller von Keramikkacheln

- 4. größter Telekom-Markt
- 6. größter Kühlschrankhersteller
- 6. größter Hersteller von Industriemaschinen
- 6. größter Auto- und Ersatzteile-Hersteller
- 8. größter Schiffsbauer
- 3. größter Yachthersteller

Und auch: an Artenvielfalt reichstes Land und der schnellst wachsende und größter Entwicklungsmarkt

- **Ausländische Direktinvestitionen:** € 9,4 Mrd in 2012 | € 9,6 Mrd in 2013 | € 9,5 Mrd in 2014 | € 10,6 Mrd in 2015 | € 10,8 Mrd in 2016 |

Ungefähr 52.754 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 5,8 Milliarden im Jahr 2016). Privatisierungen im Wert von € 14,4 Milliarden in den letzten fünf Jahren.

Die Körperschaftssteuer beträgt 22 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft:** 28 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 - ± 70 Millionen GSM-Abonnenten (441 Minuten/Monat)
 - ± 61% des Internetverkehrs ist vom Mobilfunknetz
 - ± 48 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 62 Millionen in 2020
 - ± € 84 Online-Einzelverkauf pro Warenkorb (€ 77 in den USA und € 63 in der EU)
 - ± 40 TV-Fernsehsender auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 - Ausbau der e-Regierung (42% der 16 - 74 Jährigen)

- **Tourismus :** Weltweit beliebtes Reiseziel, 32,4 Millionen Touristen im Jahr 2017.

▶ **REFORMEN**

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien Zivilgesetzbuch, verbesserte Gleichstellung der Geschlechter, neues Strafgesetzbuch

Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit

Wettbewerbspolitik, geistige und industrielle Eigentumsrechte, Kontroll- und Quotenverwaltung

Standards und Zertifizierung, Akkreditierung, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, internationale

Standards der Finanzberichterstattung, Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale

Entwicklungsagenturen

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei

1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** »

2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien hinreichend erfüllt.

2005 : Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005

2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18. Februar

2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis

2013 : Im Dialog über die Visaliberalisierung

2016 : Die EU-Türkei-Erklärung zur Migrationspolitik

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org